

MORITZ FÖLLMER

Jenseits der Liberalisierungsthese

Individualität in Westberlin zwischen Kriegsende und Mauerbau¹

Die Konzepte der Individualität und Individualisierung nehmen in der deutschen Zeitgeschichtsforschung eine wichtige, doch wenig reflektierte Stellung ein. Eine Reihe von Autoren sieht die Hinwendung zum Individuum als zentralen Aspekt der Abwendung vom nationalsozialistischen Autoritäts- und Kollektivitätsdenken, sei es in der letzten Kriegsphase, als die Deutschen „Autonomie, Eigeninteresse und Überlebenswillen“ entdeckten,² oder erst in den 1950er-Jahren, als sich das Verständnis von Vaterschaft demokratisierte, Gymnasiasten und Studenten für Jazz schwärmten und sich Wünsche auf den Konsum von Waren statt auf die Eroberung anderer Länder richteten.³ Ulrich Herbert hat solche und ähnliche Befunde zur wohl ambitioniertesten Interpretation der „Wandlungsprozesse in Westdeutschland“ zugespitzt. Für den Freiburger Zeithistoriker kulminierten um 1960 die parallelen Abwendungen vom Nationalsozialismus und von der „schützenden Verpanzerung traditioneller Werthaltungen“ in einer Liberalisierung, für die die „Stärkung der Individuen“ zentral gewesen sei. Erst jetzt hätten sich die

- 1 Für die finanzielle Unterstützung meiner Forschungen danke ich der Alexander von Humboldt Stiftung und der British Academy, für Mithilfe bei den Quellenrecherchen Verena Lehmbeck, für Anregungen und Kritik Rüdiger Graf, Till Kössler, Holger Nehring sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kolloquien von Martin H. Geyer und Paul Nolte und des fünften „German History in the North“ Treffens in Hull.
- 2 Klaus-Dietmar Henke, Deutschland – Zweierlei Kriegsende, in: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hrsg.), Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948, Essen 1998, S. 337–354, S. 342, 344.
- 3 Till van Rahden, Demokratie und väterliche Autorität: Das Karlsruher „Stichentscheid“-Urteil in der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen 2 (2005), S. 160–179; Martina Taubenberger, „Ich bin ein befreites Subjekt“. Von einer jungen Generation im Nachkriegsdeutschland, die die Freiheit suchte – und den Jazz fand, in: Historische Anthropologie 14 (2006), S. 268–286, hier S. 282 f.; Michael Wildt, Konsumbürger. Das Politische als Optionsfreiheit und Distinktion, in: Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hrsg.), Bürgertum nach 1945, Hamburg 2005, S. 255–283, hier S. 281.

Westdeutschen damit abgefunden, in der hoch industrialisierten Moderne zu leben, und die Voraussetzungen für eine stabile Demokratie geschaffen.⁴

Diese Deutung hat bislang nur wenig Widerspruch erfahren,⁵ leidet jedoch unter grundlegenden Problemen: Sie beruht *erstens* auf einer starren Dichotomie zwischen Tradition und Modernität, der eine inzwischen breite Literatur zu den Ambivalenzen und zeitgenössischen Bestimmungen der „deutschen Moderne“ zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus entgegensteht.⁶ Damit hängt *zweitens* zusammen, dass Herbert einen spezifischen Standpunkt in den westdeutschen Selbstverständigungsdebatten, insbesondere Ralf Dahrendorfs brillante Etikettierung seiner Gegner als unmodern in „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“, in die Analyse übernimmt, statt ihn konsequent zu historisieren. *Drittens* werden der Kalte Krieg und namentlich die fundamentale Herausforderung durch die DDR bloß am Rande erwähnt und als Barriere für die Liberalisierung verstanden, die sich in den 1960er-Jahren abgeschliffen habe. Dass sich in den 1950er-Jahren liberale Gesellschaften gerade durch die Abgrenzung zum Kommunismus konstituierten, kann in dieser Sichtweise keine Berücksichtigung finden.⁷

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die Semantik der Individualität in den Jahrzehnten nach dem Krieg genauer zu beschreiben und zu analysieren. Die Frage, wodurch sich einzelne Personen auszeichneten und welcher Status ihnen in der Gesellschaft zukommen sollte, wurde von den Zeitgenossen sehr unterschiedlich beantwortet. Dabei griffen sie in veränderter Form auf Deutungsangebote aus dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem „Dritten Reich“ zurück. Gleichzeitig reagierten sie auf die neuen Notwendigkeiten der Selbstdistanzierung vom Nationalsozialismus, der Abgrenzung vom Kommunismus und der Reflektion über die sich zunehmend durchsetzende Konsumgesellschaft. Es gilt also, verschiedene Verständ-

- 4 Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7–49, bes. S. 40–43, Zitate S. 40, 14.
- 5 Dirk Schumann, Legislation and Liberalization: The Debate About Corporal Punishment in Schools in Postwar West Germany, 1945–1975, in: German History 25 (2007), S. 192–218, hier S. 194 f.; Benjamin Ziemann, Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975, Göttingen 2007, S. 20, 348; Holger Nehring, Die eigensinnigen Bürger. Legitimationsstrategien im politischen Kampf gegen die militärische Nutzung der Atomkraft in der Bundesrepublik der frühen sechziger Jahre, in: Habbo Knoch (Hrsg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 117–137, hier S. 119.
- 6 Vgl. hier nur Geoff Eley (Hrsg.), Society, Culture, and the State in Germany, 1870–1930, Ann Arbor 1996; Martin H. Geyer, Verkehrte Welt. Revolution, Inflation, Moderne: München 1914–1924, Göttingen 1998; Peter Fritzsche, Wie aus Deutschen Nazis wurden, München 1999.
- 7 Herbert, Liberalisierung, S. 32 f. Vgl. dagegen den aufschlussreichen Aufsatz von Olaf Stieglitz, „What I'd done was correct, but was it right?“ Öffentliche Rechtfertigungen von Denunziationen während der McCarthy-Ära, in: Zeithistorische Forschungen 4 (2007), S. 40–60.

nisse von Individualität zu historisieren, die keineswegs immer liberaldemokratisch konnotiert waren, sondern auch Teil konservativer oder sozialistischer Diskurse sein konnten und sich zudem auf eine Vielzahl von Aspekten von politischen Freiheitsrechten über den Status von Eigeninitiative und Privatsphäre bis zur Bewertung des modernen Wohnens erstreckten. Dementsprechend ist der Begriff möglichst offen als gerade aufgrund seiner Komplexität und Mehrdeutigkeit interessantes semantisches Feld zu verstehen, statt ihn durch definitorische Festlegungen zu verengen; auch ist generell zu berücksichtigen, dass Individualität sich zunächst einmal in unterschiedlichen Ansprüchen äußert, die häufig miteinander konkurrieren und erfüllt oder auch enttäuscht werden können.⁸

Da empirische Versuche in dieser Richtung bislang nicht unternommen worden sind, analysiert der vorliegende Aufsatz die Semantik von Individualität in der zeitgenössischen Presse und bezieht ergänzend Äußerungen von Politikern ein. Er konzentriert sich dabei auf einen bestimmten, allerdings zentralen Ort: Westberlin zwischen Kriegsende und Mauerbau.⁹ Bereits in der Zwischenkriegszeit war die deutsche Metropole als eine Stadt erschienen, in der das Schicksal des Individuums auf dem Spiel stand. Nach 1945 galt es, sich von Hitlers Reichshauptstadt und damit der vielfältigen Verwicklung von Individuen in das nationalsozialistische Projekt zu distanzieren, wobei die weitgehend zerstörte städtische Umgebung sowie die Präsenz unterschiedlicher alliierter Besatzer und intellektueller Leitfiguren wichtig waren (I.). Schon bald rückte jedoch die Abgrenzung vom kommunistisch beherrschten Ostberlin in den Vordergrund, das Individualität machtpolitisch wie kulturell zu vereinnahmen versuchte und Westberliner Politiker wie Journalisten dazu motivierte, ein kämpferisches Verständnis von persönlichen Freiheitsrechten zu entwerfen (II.). Während in beiden Punkten ein Konsens hergestellt wurde, traten in der Debatte über den Status des Individuums in der modernen Gesellschaft wichtige Differenzen zutage: Die in der modernen Gesellschaft gebotenen Chancen für Privatheit wurden positiv, doch gleichzeitig Bürokratisierungsprozesse äußerst kritisch gesehen; „liberale“ Argumente für die Ausweitung von Persönlichkeitsrechten wurden zwar um 1960 verstärkt artikuliert, doch galt dies auch für „konservative“ Sorgen um die gesellschaftlichen Folgen schrankenloser Individualität (III.). Mithin fügt sich die Individualitätssemantik in Westberlin zwischen

8 Vgl. Niklas Luhmann, Individuum, Individualität, Individualismus, in: ders., *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Bd. 3, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1998, S. 149–258; ders., *Die gesellschaftliche Differenzierung und das Individuum*, in: ders., *Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch*, 2. Aufl., Opladen 2005, S. 121–136.

9 Zum Hintergrund Wolfgang Ribbe, *Vom Vier-Mächte-Regime zur Bundeshauptstadt (1945–2000)*, in: ders. (Hrsg.), *Geschichte Berlins*, Bd. 2. *Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart*, 3. Aufl., Berlin 2002, S. 1025–1208; Georg Kotowski/Hans J. Reichardt, *Berliner Demokratie 1919–1985 II. Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945–1985*, Berlin 1987, S. 5–201; David Clay Large, *Berlin. Biographie einer Stadt*, München 2002, S. 347–421.

Kriegsende und Mauerbau nicht in Ulrich Herberts Interpretation, weil sie erst durch Konstruktionsleistungen vom Nationalsozialismus distanziert werden musste, statt wesensmäßig von ihm verschieden zu sein, maßgeblich von der Zurückweisung des kommunistischen „Totalitarismus“ lebte und auch um 1960 nicht eindeutig in Liberalisierung und Akzeptanz der modernen Gesellschaft mündete.

I.

Die Versuche, sich über die Individualitätssemantik von der nationalsozialistischen Vergangenheit zu distanzieren, beruhten auf einer so einseitigen wie bequemen Negativfolie. Wie ich an anderer Stelle argumentiere, war die Position des Individuums im „Dritten Reich“ ambivalenter, als es das bis heute verbreitete Etikett des „Kollektivismus“ nahelegt.¹⁰ Bereits um 1930 trat die rechtsextreme Bewegung nicht zuletzt als Verteidigerin der vom „System“ bedrohten Individuen auf, denen sie mehr persönliche Aufmerksamkeit und Unterstützung versprach. Darauf beruhte nach 1933 die Attraktivität eines Regimes, das den Einzelnen Aufstiegs- und Konsumchancen bot und dessen Rhetorik sich durchaus individualistisch aneignen ließ. Gleichzeitig wurden als problematisch empfundene Züge des „Individualismus“ wie Inauthentizität und Egoismus auf die jüdische Minderheit projiziert, der gegenüber persönliche Bereicherung und Machtsteigerung legitim erschienen. Im Krieg wurde das „hohe Lied des deutschen Einzelkämpfers“ gesungen, der sich durch Gesinnungsstärke und Initiative von bolschewistischen „Robotern“ wie angelsächsischen „Plutokraten“ unterscheidet.¹¹ Auch wer die Identifikation von individuellem und völkischem Lebenskampf nicht völlig teilte und sich nach der Rückkehr ins familiäre Privatleben sehnte, blieb meist dem Regime und seinem Krieg gegenüber loyal. Das „Dritte Reich“ als einen Staat zu bezeichnen, der durch organisierte Freizeit „Termiten“ schuf und in einem „kaltbürokratischen Vorgang“ Menschen deportierte, war eine erst mühsam zu erbringende Konstruktionsleistung der Minderheit, die sich prinzipiell von ihm distanzierte.¹²

Das Bild des Nationalsozialismus als staatlicher Hypertrophie, als Gegenpol zu legitimer Individualität, setzte sich erst nach der Niederlage durch. Sei es als preußischer Obrigkeitsstaat mit autoritätsgläubigen Subjekten oder als anonymes, bürokratisches System: In jedem Fall wurde das erhebliche Maß an selbsttätiger Aktivität, mit dem zahlreiche Berliner das Regime unterstützt hatten, unterschlagen. Als Individuen

10 Moritz Föllmer, Was Nazism Collectivistic? Redefining the Individual in Berlin, 1930–1945, erscheint in: *Journal of Modern History* 82 (2010).

11 Jeder Mann ein Held. „Wir halten, solange die Führung es für nötig hält“, in: *Berliner Lokal-Anzeiger*, 24. 3. 1944.

12 Ursula van Kardorff, *Berliner Aufzeichnungen*. Aus den Jahren 1942 bis 1945, München 1962, S. 71 (3. 3. 1943), 196 (31. 5. 1944).

erschieden sie höchstens insoweit verantwortlich, als sie sich der Herde angeschlossen und ihre Persönlichkeit aufgegeben hätten. Diese Deutung wurde aus unterschiedlichen Motiven und Perspektiven gefördert und war deshalb unmittelbar plausibel und zugkräftig. Die amerikanischen Besatzer sahen eine zentrale Ursache des Nationalsozialismus in der „bleiche[n] Angst vor der Entfaltung des Individuums, die die ‚Ruhe‘ der Gesamtheit stören könnte“, und empfahlen als Gegenmittel Diskussionen zwischen freien Persönlichkeiten in den Schulen sowie eine Kultur der Eigeninitiative und Selbstverantwortung, die den Berlinern zur Lösung ihrer eigenen Probleme verhelfen sollte.¹³ Ähnlich strebten die Briten an, die Individualität von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt schulischer Erziehung zu stellen und auf der Grundlage persönlicher Selbsthilfe eine lokale Selbstverwaltung aufzubauen.¹⁴

Die amerikanische wie britische Interpretation des Nationalsozialismus überschneidet sich mit den unterschiedlichen Bemühungen um ein geistiges Verständnis der Situation, die in der Berliner Presse angeboten wurden. Allerdings traten hier die spezifisch deutschen Züge gegenüber den in den Nachkriegsdiskursen so häufig betonten allgemein-modernen Charakteristika der Massengesellschaft in den Hintergrund. So plädierte etwa der Heidelberger Mediziner und Publizist Alexander Mitscherlich in Berliner Tageszeitungen für die „Erforschung der Abnahme persönlicher Freiheit und des Anwachsens der sich anonymisierenden Befehlsgewalt des Staates“.¹⁵ Alfred Döblin betonte in einem Vortrag, dass die notwendige Erneuerung im Inneren der Menschen stattfinden müsse: „Lesen Sie nicht so viel Karl Marx: Diese Dinge haben selbstverständlich ihre Wahrheit; die größere Wahrheit aber ist die, die Sie in sich selber finden.“¹⁶ Der Kunsthistoriker und Weimarer Reichskunstwart Edwin Redslob, nach dem Krieg erster Rektor der Berliner Universität, zog aus Nationalsozialismus und italienischem Faschismus den Schluss: „Nicht Masse und Vermassung ist das Ziel der Zeit, sondern Entfaltung der Persönlichkeit, die in sich Ausdruck und Gleichnis der Gesamtheit ist.“¹⁷

13 Weniger Respekt!, in: Allgemeine Zeitung. Herausgegeben von der amerikanischen Armee, 14. 9. 1945; Zukunft der Schule, in: ebenda, 28. 10. 1945; Das Misstrauen, in: ebenda, 4. 11. 1945; vgl. demnächst Nina Verheyen, Diskussionslust. Zur Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in Westdeutschland, 1945–1973, Göttingen 2010.

14 Individualität – der Grundsatz der britischen Erziehungsmethoden, in: Der Berliner. Nachrichtenblatt der britischen Militärbehörde, 16. 3. 1946; Beginn der Selbstregierung, in: ebenda, 22. 9. 1945; Was denken unsere Leser über den Beginn der Selbstregierung?, in: ebenda, 25. 9. 1945.

15 Dr. Alexander Mitscherlich, Schuld und Seele, in: Allgemeine Zeitung, 11. 11. 1945; ähnlich ders., Die freie Gesellschaft, in: Der Tagesspiegel, 7. 7. 1946; vgl. Tobias Freimüller, Alexander Mitscherlich. Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler, Göttingen 2007, S. 82 ff., 94 ff., 233 ff.

16 Alfred Döblin in Berlin. Der Kulturbund empfängt den Dichter, in: Der Tagesspiegel, 11. 7. 1947.

17 Edwin Redslob, Masse oder Persönlichkeit?, in: Der Tagesspiegel, 2. 3. 1946. Die retrospektive Selbststilisierung Redslobs zum „inneren Emigranten“ und später sogar Widerständler analysiert Christian Welzbacher, Edwin Redslob. Biografie eines unverbesserlichen Idealisten, Berlin 2009, S. 332 ff., 378–387.

Ganz ähnliche Absetzungen der „Persönlichkeit“ von der normierten Massengesellschaft hatten im „Dritten Reich“ in den Zeitungen gestanden;¹⁸ entscheidend war, dass sie jetzt der Distanzierung vom Nationalsozialismus dienten. Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Intellektuellen und Intellektuellenzirkeln im Berlin der Nachkriegszeit:¹⁹ Hinsichtlich der Umdeutung von Individualitätsbegriffen wie Freiheit, Persönlichkeit und Innerlichkeit stechen primär die Gemeinsamkeiten ins Auge.

Auch die Rhetorik führender Berliner Politiker rückte den individuellen Neuanfang in den Mittelpunkt und erhob ihn zur Grundlage für den Wiederaufbau der gesamten Stadt. Das galt besonders für Ernst Reuter, der aus dem türkischen Exil nach Berlin zurückgekehrt und zunächst als Verkehrsdezernent tätig war. Er charakterisierte Berlin als einen Ort, an dem weder Titel noch vergangene Meriten, sondern nur die gegenwärtige Leistung zählten. Deshalb sah er sich „nach einem langen Leben tatenlosen Abwartens und Nichtstunkönnens“ als Remigrant akzeptiert und arbeitete im Gegenzug extrem hart: „Es muß sich jeder irgendwie neu bewähren und seinen Mann stehen. Tut man das, dann geht alles sehr glatt und ohne Schwierigkeiten.“²⁰ Im Sinne dieser Vorstellung individueller Neubewährung unter exzeptionellen Umständen machte er zwar Menschen, deren Verhalten während des „Dritten Reiches“ er missbilligte, privat deutliche Vorwürfe, hielt jedoch wenig von der Entnazifizierung, die er als negativ und rückwärtsgewandt empfand.²¹ Den Berlinern attestierte er, dass sie „natürlich unter den Wirkungen des Systems gelitten“ hätten. „Ihre Moral ist etwas angeschlagen, sie haben in der Selbständigkeit der Haltung gelitten, sie sind etwas müde und natürlich nicht mehr so leistungsfähig wie früher.“ Indem er individuelle Initiative und Leistung selbst vorlebte und bei anderen ermunterte, trug Reuter bewusst dazu bei, dass „das Vergangene im Schacht des beinahe totalen Vergessens versinkt. [...] Ich finde [...], daß diese Menschen hier genug gestraft sind. Man sollte ihnen endlich die Möglichkeit zum Leben, zum Arbeiten und zum sinnvollen Gestalten ihres Daseins geben, dann wird man ja sehen, ob es sich lohnt.“²²

18 Vgl. z. B. Nonnenbruch, Leistungssteigerung und Stachanowsystem, in: *Völkischer Beobachter*. Berliner Ausgabe, 28. 11. 1937.

19 Dazu v. a. Wolfgang Schivelbusch, *Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945–1948*, Frankfurt a. M. 1997; Sean Forner, Für eine demokratische Erneuerung Deutschlands: Kommunikationsprozesse und Deutungsmuster engagierter Demokraten nach 1945, in: *Geschichte und Gesellschaft* 33 (2007), S. 228–257.

20 Ernst Reuter an Friedrich Ludwig Breusch, Ende März 1947, abgedruckt in: ders., *Schriften Reden*, Bd. 3. Artikel Briefe Reden 1946–1949, bearb. von Hans J. Reichhardt, Berlin 1974, S. 149 ff.

21 Ernst Reuter an Alfred Braun, 4. 4. 1947, abgedruckt in: ebenda, S. 158 ff.; Ernst Reuter an Max Cohen-Reuss, 4. 2. 1947, abgedruckt in: ebenda, S. 115 f.; vgl. David E. Barclay, *Schaut auf diese Stadt. Der unbekannteste Ernst Reuter*, Berlin 2000, S. 212, 233 f.

22 Ernst Reuter an Alexander Rüstow, 4. 4. und 6. 4. 1947, abgedruckt in: ders., *Schriften Reden*, Bd. 3, S. 164–170, S. 164 f.

Die politischen und intellektuellen Interpretationen des „Dritten Reiches“ als unpersönlicher Ordnung, als eines entmündigenden „Systems“, und der Erneuerung als eines Prozesses, der von den sich selbst rekonstruierenden Einzelnen ausgehen müsse, überdeckten die gegensätzlichen Formen, in denen Individuen von der nationalsozialistischen Vergangenheit geprägt blieben. Gleichzeitig korrespondierten sie mit verbreiteten Nachkriegserfahrungen in der zerstörten Metropole. Die Berliner mussten sich weitgehend selbst helfen, indem sie Gemüse anbauten, Öfen bastelten oder halbzerstörte Läden wiedereröffneten.²³ Dabei hatten sie in der Viermächtestadt, dessen Magistrat gerade erst mit seiner Arbeit begonnen hatte, häufig mit bürokratischen Hindernissen zu kämpfen, die sie kritisieren konnten, indem sie sie mit den Einengungen durch das nationalsozialistische Befehlssystem verglichen. So beschwerte sich etwa ein Leser des *Tagesspiegel*, dass er als Gartenlandbesitzer einen Fragebogen auszufüllen habe, um seine Lebensmittelkarte zu erhalten. Dies zeige, „[...] dass im Stadthause der einzelne Staatsbürger als Untertan betrachtet wird, dem die Obrigkeit alles zumuten kann. [...] Nehmen wir eine solche beleidigende, der Hitlermentalität entstammende Methode hin, dann verdienen wir es nicht anders“.²⁴

Solche Attacken mochten an manche Aspekte der Endphase des Regimes anknüpfen, unterschlugen aber, dass die Betonung von Eigeninitiative gegenüber starren bürokratischen Systemen gerade für die Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus kennzeichnend gewesen war. Wenn etwa ein Student sich an 1933 erinnert fühlte, weil er an einem Pflicht-Kolleg zur Selbstverwaltung teilnehmen musste, und auf den Wert der „freien Meinungsäußerung“ für die Demokratie hinwies,²⁵ ist der selbstentlastende Charakter solcher Distanzierungsakte unverkennbar. Wie die Abgrenzung von individueller Freiheit und Nationalsozialismus instrumentalisiert werden konnte, verdeutlicht eine Auseinandersetzung, von der ein Leser des *Tagesspiegel* berichtete: „Ich machte kürzlich einen Reisenden darauf aufmerksam, dass zur Benutzung der zweiten Klasse eine entsprechende Fahrkarte gehöre. Die Antwort lautete: ‚Sie sind wohl auch noch so einer von der alten Sorte!‘“²⁶

Im Berlin der Nachkriegsjahre waren mithin Gehalt und Richtung von Individualität umstritten. Während allgemein Eigeninitiative befürwortet und gegen „bürokratische“ Hemmnisse verteidigt wurde, erwiesen sich die Grenzen zur rücksichtslosen

23 Ratschläge für den Kleingarten: Zwischenkulturen im Garten, in: Spandauer Volksblatt, 30. 3. 1946; Der selbstgebaute Ofen, in: Der Berliner, 6. 11. 1945; Paul Steege, Black Market, Cold War. Everyday Life in Berlin, 1946–1949, Cambridge 2007, S. 22–33.

24 Demokratisches Forum, in: Der Tagesspiegel, 22. 3. 1947. Vgl. auch den bei Monica Black, Death and the Making of West Berlin, 1948–1961, in: German History 27 (2009), S. 6–31, hier S. 6 f. erwähnten Fall eines Mannes, der die Aufforderung, das Holzkreuz auf dem Grab seiner Ehefrau zu entfernen, als Ausdruck von „Hakenkreuzlermanien“ zurückwies.

25 Ansichten der Berliner. Meinungsbildung, in: Der Berliner, 12. 3. 1946.

26 Demokratisches Forum, in: Der Tagesspiegel, 5. 11. 1946.

Durchsetzung persönlicher Interessen in der Praxis als fließend. Das war umso problematischer, als die intellektuellen Deuter substanzielle Vorstellungen des Individuums formulierten. Humanitäts-, Innerlichkeits- und Gewissensrhetorik ließ sich mit verbreiteten Praktiken bei der Beschaffung wichtiger Güter auf dem Schwarzmarkt oder anderswo kaum vereinbaren.²⁷ Und es war vorerst unklar, ob Individualität als Eigenverantwortlichkeit die Grundlage eines neuen Gemeinwesens bildete oder es in Form von Lethargie, Selbstbezogenheit und Rücksichtslosigkeit unterminierte.²⁸ Auch hier half die retrospektive Distanzierung vom Nationalsozialismus, wenn etwa der Typ des „Fanatiklers“ als radikaler Egozentriker interpretiert oder Luxusleben und Brutalität Hermann Görings angeprangert wurden.²⁹ Das juristisch wie moralisch ambivalente „Organisieren“ des Eigenbedarfs, das viele Berliner betrieben, ließ sich rechtfertigen, indem man es von Schwarzmarktschiebern und Betrügern mit NS-Hintergrund abgrenzte.³⁰ Einmal mehr wurde damit legitime Individualität in einer Weise entworfen, die die Berliner vom Negativbild des unterjochenden NS-Regimes und seiner egomantischen Vertreter distanzierte.

Vor dem Hintergrund dieser Selbstentnazifizierung wurde von den verbleibenden oder zurückgekehrten Berliner Juden erwartet, sich unauffällig in die Kultur der individuellen Selbsthilfe einzugliedern. Welche engen Grenzen ihnen dabei gezogen waren, zeigen die verbreiteten antisemitischen Stereotypen, die die Wahrnehmung von Schwarzmarktschiebern ebenfalls prägten. Jüdische Berliner wehrten sich gegen solche Zuschreibungen und beklagten ferner, dass von ihnen trotz ihrer physischen wie psychischen Entkräftung „die gleiche Opferfreudigkeit im Entsagen“ erwartet werde.³¹ Immer wieder hielt die Zeitschrift *Der Weg* mit Hinweis auf die eigene Geschichte der Ausgrenzung, Repression und körperlichen Schädigung der nichtjüdischen Mehrheitsbevölkerung ihre kollektive wie individuelle Verantwortung vor. Wie es der Berliner Gemeindevorsitzende formulierte: „Wir Juden [...] wollen nur, daß man uns das gibt, was uns zusteht, das, was man uns genommen hat. [...] Erst wenn sich auch der

27 Vgl. Steege, *Black Market*, S. 49–63, 121–127; Malte Zierenberg, *Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939–1950*, Göttingen 2008, S. 201–298.

28 Großmacht der Lethargie, in: *Der Tagesspiegel*, 22. 3. 1946; Wolfgang Schimming, *Diskutieren will gelernt sein. Gespräche über Kultur und Kritik*, in: ebenda, 5. 7. 1946; Berlin, 7. Juli, in: ebenda, 7. 7. 1946.

29 Paul Kimbal, *Die Lehre des Fanatiklers*, in: *Der Tagesspiegel*, 7. 7. 1946; *Vom unbekanntem Göring*, in: ebenda, 20. 11. 1945; *Nürnberger Profile: I. Der Prächtige*, in: *Telegraf*, 24. 3. 1946.

30 Vgl. z. B. *Demokratisches Forum. Einer von vielen*, in: *Der Tagesspiegel*, 18. 7. 1948; *Sühne für unmenschliche Greuel*, in: ebenda, 25. 7. 1948.

31 *Berlin sieht sie gern gehen*, in: *Der Weg. Zeitschrift für Fragen des Judentums* 3, Nr. 32, 6. 8. 1948; Heinz Galinski, *Im Kampf um unser Recht*, in: ebenda, Nr. 36, 3. 9. 1948; *Briefe an die Allgemeine Zeitung. Das jüdische Los*, in: *Allgemeine Zeitung*, 28. 10. 1945 (Zitat); vgl. zum Folgenden Atina Grossmann, *Jews, Germans, and Allies. Close Encounters in Occupied Germany*, Princeton 2007, S. 88–129.

letzte [...] davon überzeugt hat, daß auch er an den vergangenen Jahren nicht unschuldig ist, wird die innere Wiedergutmachung erreicht sein.“³²

Diese Erwartung wurde jedoch vielfach enttäuscht, und das allgemeine Selbsthilfeklima konnte sich sogar direkt gegen die Berliner Juden wenden, wenn etwa ihnen zugewiesene Wohnungen und Möbel rücksichtslos von früheren Nazis in Besitz genommen wurden.³³ Solche Erfahrungen motivierten viele von ihnen zur Auswanderung in die USA oder nach Palästina.³⁴ Wer blieb, konnte dann anerkannt und sogar populär werden, wenn er sich wie der Filmproduzent Artur Brauner oder der RIAS-Journalist und spätere TV-Entertainer Hans Rosenthal in den individuellen Neuanfangsdiskurs einfügte.³⁵ Wenn Juden diesen jedoch durch den Hinweis auf ihre spezifischen Erfahrungen irritierten, konnten sie aggressive Abwehrreaktionen hervorrufen, und zwar auch zu Zeiten des Eichmann-Prozesses, als manche Stimmen für „die Selbstprüfung eines jeden erwachsenen Deutschen, inwieweit er durch Tun oder Lassen an den Dingen selbst Schuld trage, eine individuelle Reinigung des Gewissens und der Gesinnung“ eintraten.³⁶ Einer jüdischen Leserin des *Tagesspiegel*, die auf gravierende physische und psychische Langzeitfolgen des „Dritten Reiches“ hinwies und die breite Bevölkerung dafür verantwortlich machte, hielt ein junger Leser entgegen, dass er nicht bereit sei, „ein Canossa-Gewand“ zu tragen, und fügte mit Blick auf die „nichtjüdischen Opfer von terroristischen Systemen“ hinzu: „[...] nicht nur Juden sind Menschen.“³⁷

Mithin trug der Diskurs des individuellen Neuanfangs auch um 1960 eher zu einer Schlusstrichmentalität bei als zur Aufarbeitung der je eigenen Verantwortung für die nationalsozialistische Verfolgungspolitik.³⁸ Seine Exklusionseffekte werden deutlich,

32 Hans-Erich Fabian, Innere Wiedergutmachung, in: *Der Weg* 1, Nr. 10, 3. 5. 1946. Zum Insistieren deutscher Juden auf der Schuld der Mehrheitsbevölkerung vgl. Anthony Kauders, *Unmögliche Heimat. Eine deutsch-jüdische Geschichte der Bundesrepublik*, Stuttgart 2007, S. 33–37.

33 Nervenprobe, in: *Der Weg* 1, Nr. 38, 15. 11. 1946; Dr. Hans Gumpel, Böswilligkeit oder Paragraphenfanatismus? in: ebenda 4, Nr. 48, 2. 12. 1949; vgl. Kauders, *Unmögliche Heimat*, S. 61.

34 Hans-Erich Fabian, Unheimliches Deutschland, in: *Der Weg* 2, Nr. 5, 31. 1. 1947; Herbert A. Tworoger, Die Entscheidung des einzelnen, in: ebenda 4, Nr. 35, 2. 9. 1949; vgl. Grossmann, *Jews, Germans, and Allies*, S. 242–247.

35 Der Besessene. So wurde Artur Brauner Filmkönig von Berlin. Ein BZ-Tatsachenbericht von Oswald Kolle, in: *B. Z.*, 3. 7. 1961; Hans Rosenthal, *Zwei Leben in Deutschland*, Bergisch Gladbach 1980, S. 151–309.

36 Was sagt uns der Eichmann-Prozeß? Podiumsgespräch in Tempelhof [Bezirksbürgermeister a. D. Karl-Theodor Schmitz], in: *Der Tagesspiegel*, 1. 7. 1961; vgl. auch *Demokratisches Forum. Glorreiche Helden*, in: ebenda, 21. 7. 1961.

37 *Demokratisches Forum. Emigration*, in: *Der Tagesspiegel*, 4. 7. 1961; dass., in: ebenda, 21. 7. 1961.

38 Detlef Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: Axel Schildt/ Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 77–113, hier S. 112. Vgl. auch das Resümee von Neil Gregor, *Haunted City. Nuremberg and the Nazi Past*, New Haven 2008, S. 19: „At all points the liberalising impulses of the 1960s remained contested and their purchase limited.“

wenn man die Perspektive der jüdischen Minderheit einbezieht. Diese Feststellung soll jedoch keine moralische Kritik implizieren. Individuelle Aktivität und Verantwortung klar von Obrigkeitsstaat und NS-System abzugrenzen war aus verschiedenen politischen, intellektuellen und lebensweltlichen Perspektiven plausibel. Es entsprach, wie gezeigt, nicht nur dem Entlastungsinteresse der Berliner Bevölkerung, sondern auch den Wahrnehmungen und Überzeugungen der amerikanischen und britischen Besatzer sowie zurückgekehrter Regimegegner wie Döblin oder Reuter. Gerade weil so viele Menschen ihre Lebenswege und Selbstdefinitionen so eng mit dem Nationalsozialismus verbunden hatten, war die Umdeutung des Individuums eine der wenigen Optionen, sich vom Regime zu distanzieren und für einen demokratischen Neuanfang in einer von persönlicher Selbsthilfe geprägten Gesellschaft zu werben. Zudem stand bekanntlich schon bald anderes im Vordergrund, nämlich die Abgrenzung vom kommunistischen Ostteil der Stadt im frühen Kalten Krieg.

II.

Die Selbstinterpretation Westdeutschlands und besonders Westberlins als Gesellschaft der Individuen hing eng mit der Abgrenzung vom kommunistischen Osten zusammen.³⁹ Dies ist nicht eben eine überraschende Einsicht, wenngleich sie durch die Liberalisierungsthese, die die Milderung des Kalten Krieges um 1960 zur Voraussetzung der „Stärkung der Individuen“ erklärt, verdeckt wird und deshalb zunächst einmal in Erinnerung gerufen werden muss. Im Folgenden kommt es darauf an, den zeitgenössischen Individualitätskonstruktionen ihre retrospektive Selbstverständlichkeit zu nehmen und sich vor Augen zu führen, wie massiv und bedrohlich die Herausforderung der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR empfunden wurde. Das galt nicht nur für die bekannten Versuche der ökonomischen und politischen Abschnürung Westberlins, die 1948 zur ersten Berlinkrise führten und sich durch die 1950er-Jahre zogen. Es galt auch für einen sozialen und kulturellen Machtanspruch, der entscheidend mit der Umdeutung von Individualität verbunden war. In den Nachkriegsjahren appellierten die Presseorgane des Ostsektors an die Berliner, auch und gerade mit Blick auf ihre je eigene Entwicklung für die sozialistische Gesellschaft zu optieren. Universitäten, attraktive Berufe und komfortable Wohnungen in der Stalinallee stünden nun Söhnen wie Töchtern von kleinen Leuten offen, und in den Betrieben der geplanten

39 Vgl. zum Folgenden Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hrsg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948:1958*, Berlin 1999; Dominik Geppert, „Proclaim Liberty Throughout All the Land“: Berlin and the Symbolism of the Cold War, in ders. (Hrsg.), *The Postwar Challenge. Cultural, Social, and Political Change in Western Europe, 1945–58*, Oxford 2003, S. 339–363.

Wirtschaft habe „jeder einzelne Arbeiter oder Verbraucher die Gelegenheit [...], seine *individuellen* Wünsche und Ansichten zu äußern und zu vertreten“.⁴⁰

Diese Bemühungen mit dem Hinweis auf ihren unleugbaren propagandistischen Gehalt abzutun, hieße, die Konstruktionsleistung zu verkennen, die in der Verteidigung „des“ Individuums durch die Sprecher Westberlins im frühen Kalten Krieg lag. Denn die Programmatik der sozial und geschlechtlich breiten Individualität war in einer maßgeblich von Industriearbeit, dem Weimarer Kommunismus, aber eben auch den individualisierenden Effekten der NS-Herrschaft geprägten Stadt sehr ernst zu nehmen. Dass das entstehende kommunistische Regime seinen hohen Anspruch nicht zu erfüllen vermochte, war zunächst keineswegs klar. Ebenso wenig war abzusehen, dass die „Insel der Freiheit“ bereits Ende der 1950er-Jahre sichtbar ökonomisch überlegen sein würde. Die isolierte, durch die Abschnürungsversuche der sowjetischen Besatzungsmacht und des SED-Regimes bewusst verschärfte Lage, die durch die Währungsumstellung verursachten Schwierigkeiten sowie die grundsätzlichen Zweifel an einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ließen dies anfangs sogar eher unwahrscheinlich erscheinen. Dass viele Berliner in diesem komplexen Umfeld nach individuellen Situationen, Fähigkeiten und Präferenzen agierten und, zum Beispiel als Grenzgänger oder -händler, potenziell die westliche Blockbildung ebenso unterliefen wie die östliche, trug zusätzlich zur bedrohlichen Offenheit des frühen Kalten Krieges bei.⁴¹

Vor diesem Hintergrund bemühten sich führende Protagonisten und Organe Westberlins, Individualität dem diskursiven Zugriff des SED-Regimes zu entziehen. Es galt, dessen Deutungsansprüche zu bestreiten und zu argumentieren, dass Individuen im Ostteil der Stadt nicht als solche existieren könnten. Zu dieser Konstruktion trugen Journalisten wie Politiker bei, die damit Westberlin zu einem zentralen Ort der sich in der Nachkriegszeit formierenden Totalitarismustheorie machten. So wies der amerikanische Publizist Melvin J. Lasky darauf hin, dass in der Ostzone „ein großer Polizeiapparat [...] den anderen abgelöst habe“ und „das gleiche Prinzip der rücksichtslosen Ausbeutung von Menschen und Maschinenkraft das tägliche Leben“ beherrsche.⁴² Die Stärke dieser Zeitdeutung beruhte einerseits darauf, dass sie konkrete Ereignisse, wie die Entführung Dieter Friedes, eines Journalisten des *Abend*, einzuordnen und daraus die Forderung nach Unverletzlichkeit der Privat-

40 Kurt Gay, Planung – das Rückgrat der Demokratie, in: Berlin am Mittag, 2. 6. 1947 (Hervorhebung im Original).

41 Katherine Pence, Herr Schimpf und Frau Schande. Grenzgänger des Konsums im geteilten Berlin und die Politik des Kalten Krieges, in: Ciesla/Lemke/Lindenberger (Hrsg.), Sterben für Berlin? S. 185–202; Erika M. Hoerning, Zwischen den Fronten. Berliner Grenzgänger und Grenzhändler 1948–1961, Köln 1992.

42 Melvin J. Lasky, Totalitarismus Nummer Zwei, in: Der Tagesspiegel, 5. 11. 1947; zu Laskys Aktivitäten in Westberlin vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, bes. S. 153–156, 222–229, 299–312.

sphäre abzuleiten vermochte.⁴³ Andererseits bot sie eine griffige Formel zur Erfassung kultureller Trends, wenn etwa der Existenzialismus Jean-Paul Sartres – ungeachtet der prokommunistischen Aktivitäten des prominenten französischen Intellektuellen – ebenso unter die „Rebellion des Individuums“ gegen den Kollektivismus rubriziert wurde wie abstrakte Malerei und formale Musik.⁴⁴ Die Erfahrungen an der Berliner Universität und das prinzipielle Beharren auf individueller Freiheit als Grundlage von Lehre und Forschung kamen in der Gründung der Freien Universität zusammen, die ihren Studenten versprach, „sich dort im Sinne echter Demokratie frei zur Persönlichkeit entfalten“, und ihren Dozenten, „frei vor Furcht und ohne einseitige Bindung an parteipolitische Doktrin“ arbeiten zu können.⁴⁵

In diesen antitotalitären, um die Verteidigung des Individuums kreisenden Konsens reichten sich auch und gerade die Westberliner Sozialdemokraten ein. Dies war wichtig für die eigene Außendarstellung, weil der Vorwurf etwa des Vordenkers der „Sozialen Marktwirtschaft“, Wilhelm Röpke, im Raum stand, selbst kollektivistisch zu sein.⁴⁶ Doch in erster Linie bot es eine Interpretation der Erfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht und der Zwangsvereinigung zur SED, die in die Formulierung einer neuen sozialdemokratischen Mission mündete. Das Parteiblatt *Telegraf* benutzte bereits im März 1946 den Begriff „totalitär“.⁴⁷ Ernst Reuter, im Juni 1947 gegen sowjetischen Widerstand zum Oberbürgermeister gewählt, avancierte nicht nur zum führenden politischen Protagonisten, sondern auch zu einem bedeutenden Programmatiker der Verteidigung individueller Freiheit gegen den Zugriff des kommunistischen Regimes, das er aufgrund von dessen „Massenpropaganda“ und „Organisationsmaschinerie eines riesigen Apparates“ sowohl mit der „borussischen Staatsmaschinerie“ als auch mit der nationalsozialistischen Diktatur verglich. Dem hielt er das Ideal eines Rechtsstaates entgegen, „in dem in Freiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelne seines Lebens und seiner Existenz sicher ist“.⁴⁸

43 Zweierlei Menschenrechte?, in: *Telegraf*, 12. 3. 1948; Berlin, 5. November, in: *Der Tagesspiegel*, 5. 11. 1947; vgl. auch Recht und Menschlichkeit. Vortrag von RA Dr. Ronge im Deutschen Liberalen Klub, in: ebenda, 13. 7. 1948.

44 Ludwig Eberlein, Rebellion des Individuums, in: *Der Tagesspiegel*, 6. 3. 1948.

45 Aufruf zur Gründung einer Freien Universität Berlin, in: *Der Tagesspiegel*, 24. 7. 1948; vgl. James F. Tent, *Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen*, Berlin 1988, S. 104–201.

46 Demokratisches Forum, in: *Der Tagesspiegel*, 15. 7. 1947; „Kollektivistischen aller Sorten“. Prof. Röpke bekämpft den Sozialismus mit Schlagworten, in: *Telegraf*, 19. 11. 1948.

47 Dahrendorf: Keine Zwangsvereinigung, in: *Telegraf*, 29. 3. 1946; vgl. auch Die SPD im Sowjet-Sektor. Franz Neumann fordert Wiederherstellung der primitivsten Menschenrechte, in: ebenda, 19. 7. 1946.

48 Ernst Reuter, Freiheit und Demokratie! (17. 3. 1948), abgedruckt in: ders., *Schriften Reden*, Bd. 3, S. 359–362, S. 361 f.; ders., Eine Demonstration für die Freiheit (30. 4. 1948), abgedruckt in: ebenda, S. 378–381, S. 379; ders., Rede im Parlamentarischen Rat am 20. 10. 1948, abgedruckt in: ebenda, S. 494–497, S. 495; vgl. Barclay, *Schau auf diese Stadt*, S. 98, 326 f.

Da der Ausgang des innerstädtischen ökonomischen Systemwettbewerbs anfangs durchaus offen war, bemühte sich Reuter darum, ein substanzielles Bild des Individuums zu entwerfen und für Westberlin in Anspruch zu nehmen: „Der gut gekleidete, gut genährte, in einer guten Wohnung lebende und von ersten Ärzten betreute Roboter, dem alles zur Verfügung steht, was wir an äußeren Gütern und Werten für alle erkämpfen wollen, ist darum noch lange nicht der von uns erstrebte Mensch.“⁴⁹ Dem Drang nachzukommen, „unter allen Umständen freie, schöpferische, selbständig arbeitende Menschen zu sein“, lohne sich auch dann, wenn es mit hohen persönlichen Risiken verbunden sei.⁵⁰ Reuters Distanz zu einem materialistischen Verständnis des Individuums speiste sich aus der neukantianischen Ethik, die er vor dem Ersten Weltkrieg als Marburger Student kennengelernt hatte,⁵¹ und aus einem antitechnokratischen Verständnis von Gesellschaft und Politik. Ferner reagierte sie darauf, dass die Verfolgung persönlicher Interessen häufig den Wegzug aus Berlin nahelegte beziehungsweise, aus der Perspektive westdeutscher Unternehmer, den Abbruch geschäftlicher Kontakte mit der unsicheren Frontstadt. Solche Verhaltensweisen warfen für den Regierenden Bürgermeister die Frage auf: „Sind wir Deutschen wirklich eine Nation oder sind wir ein Haufen von materiell-egoistisch interessierten Menschen?“⁵²

Die Spannung zwischen Verteidigung des Individuums gegen das kommunistische Regime und der Befürchtung, dass dieses Projekt gerade durch individualistisches Verhalten unterminiert werden könnte, findet sich nicht nur bei Ernst Reuter, sondern auch bei Willy Brandt. Brandt hegte bereits 1954 die Hoffnung, dass „der Kontakt zwischen den einzelnen Menschen“ die Logik des Systemgegensatzes überwinden und den Zusammenhalt der Stadt bewahren würde. Gleichzeitig beklagte er wenige Jahre später, dass „Arbeiter von ‚Hennigsdorf‘, die am 17. Juni [1953] ihre Haut zu Markt getragen haben, ‚in der S-Bahn‘ denjenigen Westberlinern begegnen, die am 17. Juni an den Müggelsee fahren“.⁵³ Analoge Sichtweisen wurden in der populären Presse artikuliert.

49 Ernst Reuter, Referat auf der 1. Tagung des 4. Landesparteitages der Berliner SPD (27. 4. 1947), abgedruckt in: ders., Schriften Reden, Bd. 3, S. 190–219, S. 198.

50 Vortrag im Außeninstitut der Technischen Universität (16. 5. 1950), abgedruckt in: ders., Reden Artikel Briefe, Bd. 4. 1949 bis 1953, bearb. von Hans J. Reichardt, Berlin 1975, S. 208–222, S. 217.

51 Vgl. Barclay, Schaut auf diese Stadt, S. 25–32.

52 Ernst Reuter, RIAS-Ansprache „Wo uns der Schuh drückt“, 19. 7. 1953 (Auszug), abgedruckt in: ders., Reden Artikel Briefe, Bd. 4, S. 753 ff., S. 754.

53 Aus der Rede des Berliner Bundestagsabgeordneten Brandt auf dem Landesparteitag der Berliner SPD zu seiner Kandidatur als Landesvorsitzender, 9. 5. 1954, abgedruckt in: Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 3. Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966, bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, S. 175–181, S. 179; Aus dem Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, an den Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, 21. 4. 1958, abgedruckt in: ebenda, S. 237–241, S. 241. Zu den Anfängen von Brandts „Politik der kleinen Schritte“ in den 1950er-Jahren Wolfgang Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963, Opladen 2001, S. 168–238.

Berichte über Fluchten oder Vertreibungen in den Westen, das Los der Inhaftierten „in den Zuchthäusern und Straflagern des SED-Regimes“ und den stillen Rückzug ins Privatleben angesichts ständiger Repressionsdrohungen zogen sich durch die gesamten 1950er-Jahre.⁵⁴ Sie verbanden eine mediale Logik der Dramatisierung und Personalisierung mit den antitotalitären Überzeugungen von Verlegern, Journalisten und Lesern. So hieß es etwa in der *B. Z.*, dass die Schule dem Kind zur persönlichen Freiheit verhelfen solle, statt es „als o8/15 Modell ins Leben zu schicken“, wie dies „in der Sowjetzone“ der Fall sei.⁵⁵

Gerade die ansonsten begrüßte oder sogar propagierte individualistische Konsumgesellschaft konnte jedoch bedeuten, dass über den eigenen Präferenzen das Schicksal der Ostberliner und -deutschen in Vergessenheit geriet. So beklagte ein Leser der *Berliner Morgenpost*, dass die von ihm angebotenen Lotterielose des Roten Kreuzes auf geringes Interesse stießen: „Das Publikum aus dem Osten hat immer Lose gekauft, nur die Westberliner haben die Not vergessen und kaufen selten, sie wollen nur gewinnen, nicht spenden. Wenn die Namen bekannt gegeben werden, spenden viele, so aber nicht. Für die armen Leute aus dem Osten müsste aber jeder 50 Pfennig übrig haben.“⁵⁶ Auch Journalisten waren von der Sorge umgetrieben, dass gerade risikoscheue Konsumbürger den sowjetischen Lockrufen erliegen könnten. Deshalb appellierten sie an die individualistischen Präferenzen der Leser: „Wollen Sie künftig unter der Peitsche der Normerfüllung arbeiten? [...] Wollen Sie Schauprozesse statt gutes Theater, Parteihymnen statt fröhlicher Tanzmusik, Schulungsabende statt Feierabend?“⁵⁷

Im Westberlin der späten 1940er- und 1950er-Jahre wurde also das Individuum dem politisch-kulturellen Machtanspruch des entstehenden kommunistischen Regimes entzogen und als Gegenpol zum Totalitarismus konstruiert. Das war eine konsensstiftende Leistung, die von den Sozialdemokraten bis ins konservative Lager Selbstbestätigung bot. Doch die Verteidigung des Individuums gegen die Zwangsideologisierung im Ostteil der Stadt belastete es mit der hohen Erwartung, den antitotalitären Widerstand aus sich selbst, d. h. aus den im Inneren liegenden moralischen Ressourcen, zu generieren. Vor diesem Hintergrund rief es Besorgnis hervor, dass die Westberliner über die Möglichkeit verfügten, die Stadt Richtung Westdeutschland zu verlassen, am 17. Juni an den Müggelsee zu fahren oder gar den Freiheitskampf zugunsten neutralistischer

54 Boxmeister floh nach Westberlin. Max Schmeling holte ihn aus dem Gefängnis, in: *B. Z.*, 22. 4. 1954; Pankow trieb 55 000 Deutsche aus der Heimat – Die Bundesregierung erhob scharfe Anklage, in: ebenda, 1. 7. 1958; Inspektor sagt: Die haben's nötig, in: ebenda, 2. 3. 1956 (Zitat); Der stumme Protest. So leben die Menschen in der Sowjetzone, in: *Berliner Morgenpost*, 22. 2. 1959.

55 Erziehung in Deutschland: So oder so, in: *B. Z.*, 14. 3. 1956.

56 Liebe Morgenpost! Ein Los erleichtert das Los, in: *Berliner Morgenpost*, 27. 6. 1953.

57 Adolf Vollbracht, Neutralisten wollen uns an die Sowjets ausliefern – einfach aufgeben? Nie!, in: *B. Z.*, 14. 3. 1958; Dass diese Warnung nicht grundlos erfolgte, zeigt anhand zeitgenössischer Umfragen Michael Geyer, Amerika in Deutschland. Amerikanische Macht und die Sehnsucht nach Sicherheit, in: Frank Trommler/Elliott Shore (Hrsg.), *Deutsch-amerikanische Begegnungen. Konflikt und Kooperation im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2001, S. 155–187, hier S. 160 ff.

Bequemlichkeit aufzugeben. Mit dem Durchbruch der Konsumgesellschaft in den späten 1950er-Jahren ließ sich die Verfolgung persönlicher Präferenzen nicht länger auf Schwarzmarkthändler oder nationalsozialistische „Fanatiker“ schieben; die Verteidigung des Einzelnen gegen den Kommunismus geriet in das Fahrwasser einer breiten Debatte um Charakter und Rolle des Individuums in der modernen Gesellschaft.

III.

Auch über die Abgrenzung zum Nationalsozialismus und zum Kommunismus hinaus beschäftigte sich die Westberliner Öffentlichkeit intensiv mit Gegenwart und Zukunft des Individuums. Die modernen Zeiten erschienen insofern viel versprechend, als sie neue Voraussetzungen zur Verwirklichung von Privatheit schufen. Doch sie waren auch bedrohlich, weil sie dem Einzelnen einerseits Beschränkungen nahmen und ihn damit potenziell desintegrativ, sogar hemmungslos werden ließen und ihm andererseits neue Beschränkungen in Gestalt bürokratischer Zwänge auferlegten. Insofern kam die Debatte über die Reichweite von Individualität und ihr Verhältnis zu öffentlichen Institutionen auch am Ende des Untersuchungszeitraums zu keinem Abschluss; sie fügt sich nur partiell in solche Interpretationen, die ein langsames Ankommen der Westdeutschen in der modernen Gesellschaft konstatieren.⁵⁸

Aus der allseitigen Betonung von Individualität resultierte eine breite Erwartungshaltung an öffentliche Institutionen, die Bewegungsfreiheit der einzelnen Bürger nicht einzuschränken und ihre Privatsphäre zu respektieren. Diese setzte sich keineswegs erst gegen Ende der 1950er-Jahre durch, sondern zog sich seit dem Kriegsende durch die Presse. Von Lesern wurden Einschränkungen bei der Brot rationierung als „Vormundschaft“ angeprangert und Wohnungsprüfer dafür kritisiert, als „kleine Diktatoren“ aufzutreten.⁵⁹ Razzien im Tanzcafé, politische Unbedenklichkeitszeugnisse, Urlaubs-, Arbeits- und Impfbescheinigungen, der Interzonenpass, der Kleingärtnerausweis und der „Fischereiberechtigungsschein“ addierten sich für den *Tagesspiegel* zu einem umfassenden Kontrollsyndrom, das die individuelle Mobilität und Initiative, die doch unter den Bedingungen der Nachkriegszeit so sehr gebraucht würden, in unvertretbarem Maße einschränkte.⁶⁰

58 So neben Herbert, *Liberalisierung*, bes. Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 208–390; abwägender Alex Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 449, der für die Publizistik der späten 1950er-Jahre eine „seltsame Mischung von Aufbruchsstimmung und neuen bzw. revitalisierten Besorgnissen“ konstatiert.

59 *Leser-Tribüne. Vormundschaft*, in: *Spandauer Volksblatt*, 12. 7. 1947; Berlin, 22. März, in: *Der Tagesspiegel*, 22. 3. 1947.

60 Berlin, 19. Juli, in: *Der Tagesspiegel*, 19. 7. 1947.

Vor dem Hintergrund einer solchen umfassenden, sowohl situativen als auch grundsätzlichen Kritik an den administrativen Realitäten in Westberlin hatte es Ernst Reuter schwer, mit seinem Plädoyer für eine „richtig funktionierende Verwaltung, in der jeder weiß, was er zu tun, was er zu lassen hat“, durchzudringen. Nur in einer solchen „Arbeitsbürokratie“ könne sich der einzelne Mitarbeiter mit seinen Talenten entfalten, statt „in einem Wust von Papierkram“ zu ertrinken, während der einzelne Bürger die Chance habe, sich auf seine jeweiligen Aufgaben zu konzentrieren, statt sich mit desorganisierten Behörden herumzuschlagen.⁶¹ Die von Reuter anvisierte Komplementarität von bürokratischer Organisation und individueller Entfaltung wurde jedoch von der Bevölkerung häufig nicht verstanden. In seinen RIAS-Ansprachen erläuterte das Stadtoberhaupt immer wieder, dass er die Probleme und Anliegen Einzelner durchaus ernst nehme und sich bemühe, „rein bürokratische Gesichtspunkte etwas in den Hintergrund zu drängen“, sich aber nicht persönlich um jeden der vielen unterbreiteten Fälle kümmern könne und im Übrigen keineswegs allmächtig sei.⁶²

Die breite Kritik an der Bürokratie war mächtiger als deren abwägende Verteidigung. Sie speiste sich aus einem oft diffusen Gefühl, der wachsenden Macht öffentlicher Großorganisationen hilflos ausgesetzt zu sein und somit „auf die Stufe einer Ameise abzusinken“. Vor diesem Hintergrund erklärten es die semipopuläre *Berliner Morgenpost* und das Boulevardblatt *B. Z.* zu ihrer Aufgabe, ihren Lesern „bei der Verteidigung der Unantastbarkeit ihres privaten Lebens zu helfen“.⁶³ So medialisierten und produzierten sie etwa Kritik an Fragebogenaktionen von Bezirksämtern über die Freizeitgestaltung ihrer Angestellten oder über die häuslichen Verhältnisse von Schulkindern.⁶⁴ Auch boten sie ein Forum für das Unbehagen mancher Leser an Personalanzeigen, die angesichts der vielen in den Ämtern liegenden Unterlagen überflüssig seien und die es „weder bei ‚Wilhelm‘ noch in der Weimarer Republik“ gegeben habe.⁶⁵ Nur selten klang an, dass es die Bürger selbst seien, die aus Verantwortungsscheu dem Staat immer weitergehende Rechte einräumten. Einer solchen Sicht stand die Behauptung eines Lesers gegenüber, dass die gegenwärtige Existenz fremdbestimmt sei als

61 Stellungnahme nach der Wahl zum Oberbürgermeister im RIAS am 24. Juni 1947, abgedruckt in: ders., Schriften Reden, Bd. 3, S. 233–237, S. 234; Kommunale Aktion, in: Das Sozialistische Jahrhundert, 2, Heft 13/14, Mai 1948, abgedruckt in: ebenda, S. 384–389, S. 386, 387.

62 RIAS-Ansprache „Wo uns der Schuh drückt“, 23. 11. 1952, abgedruckt in: ders., Reden Artikel Briefe, Bd. 4, S. 638–641, S. 639; dass., 18. 11. 1951, abgedruckt in: ebenda, S. 487–492, S. 487.

63 W. Schmidtsdorff, Meine Umwelt und ich. Dein Privatleben ist heilig. An unseren vier Wänden endet die Staatsgewalt, in: Berliner Morgenpost, 26. 9. 1952.

64 Proteste wurden laut: Man sagte „Schnüffelei“. „Behördliche Neugier“ in Tiergarten nicht gefragt, in: Berliner Morgenpost, 26. 6. 1957; Frage: wie viele Betten? Kreuzberger Lehrer sollen nachforschen, in: B. Z., 20. 3. 1956; Briefe Zwiesprache Beifall Zweifel. Fragebogen überall, in: ebenda, 27. 3. 1956.

65 Liebe Morgenpost! Zweifel an eigener Arbeit?, in: Berliner Morgenpost, 19. 6. 1953; „Ich bin ein freier Bürger“, in: B. Z., 8. 3. 1958 (Zitat).

die früherer Generationen: „Unsere Eltern und Großeltern lebten ihr Leben, während wir seit 1933 gelebt werden.“⁶⁶

In der Mitte zwischen beiden Meinungen bewegte sich der Entwurf eines Individuums, das zwar von Staat und Bürokratie bedrängt, aber dennoch zur Gestaltung des eigenen Lebens in der Lage war. Auf dieser Grundlage lehnte etwa der liberale *Tagesspiegel* den Versuch einer Gruppe um den Publizistikprofessor Emil Dofivat, die „Schmutz und Schund“-Verbote der Weimarer Republik wiederzubeleben, als „einer Stadt wie Berlin“ unangemessen ab und bot ein Forum für Argumente gegen den § 218.⁶⁷ Ferner wurde die Verfolgung eigener Präferenzen gegen gesellschaftliche Konventionen verteidigt, wenn etwa eine Leserin einer prononcierten Mode- und Make-upkritikerin entgegenhielt: „Jägerhemd, Lodenmantel oder Wandervogelstilkleid haben uns in der Welt keine Sympathien eingetragen. [...] Wir wollen endlich unbefangen sein dürfen.“⁶⁸ Solche Äußerungen zeigen, dass das Individuum, dessen Privatsphäre und Entscheidungsfreiheit positiv gesehen wurden, auch und gerade ein weibliches Individuum war. *Morgenpost* und *B. Z.* ermunterten Leserinnen zur Distanzierung von redseligen Hauswirtinnen, lauten Nachbarn, Bekannten, die sich selbst zum Fernsehen einluden, oder Eltern, die auf häufigere Besuche drängten.⁶⁹ Jungen Frauen wurde geraten, eine Ausbildung zu absolvieren und vor der Geburt des ersten Kindes für einige Jahre zu arbeiten, um nicht völlig vom Ehemann abhängig zu sein, und Ende der 1950er-Jahre berichtete eine Serie der *Morgenpost* mit großem Respekt über Leistungen berufstätiger Berlinerinnen.⁷⁰

Der breiten Betonung von Privatheit und Freiheit entsprach die Berichterstattung über entsprechend gestaltete Räume. Als 1957 das neue Hansaviertel nahe der innerstädtischen Grenze fertiggestellt wurde, zogen zahlreiche alleinstehende Berlinerinnen, „zum größten Teil bereits in den besten Jahren“, in die für sie vorgesehenen Einzimmerwohnungen. In anderen Appartements lebten junge Paare, die sich trotz gestiegener Privatheitsansprüche auch in einem Raum wohlfühlen könnten, sofern sie leichte Möbel flexibel einsetzten. Ferner bot das Hansaviertel Häuser für Familien, entgegen der verbreiteten Vorstellung, dass diese nur am Stadtrand möglich

66 Liebe Morgenpost! Wer soll das bezahlen?, in: Berliner Morgenpost, 14. 7. 1955; Briefe Zwiesprache Beifall Zweifel. „Im Mittelpunkt steht der Buchstabe“, in: B. Z., 13. 3. 1956 (Zitat).

67 Was ist Schmutz und Schund?, in: Der Tagesspiegel, 11. 3. 1952; Der umstrittene Paragraph. Diskussion um die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung, in: ebenda, 9. 3. 1947.

68 Demokratisches Forum. Wie er uns sieht, in: Der Tagesspiegel, 14. 3. 1948.

69 Liebe Frau Brigitte. Bitte nicht mit Familienanschluß, in: Berliner Morgenpost, 30. 4. 1961; Liebe Frau Brigitte. Wer stört hier wen? in: ebenda, 9. 10. 1955; Ihr Heim ist ihre Burg, in: ebenda, 10. 2. 1957; Liebe Frau Brigitte. Stunden der Ruhe und Besinnung, in: ebenda, 30. 10. 1955.

70 Achtung! Ihre Ehe ist in Gefahr! Der „Herr im Haus“ ist nicht mehr zu ertragen, in: B. Z., 3. 7. 1954; Liebe Frau Brigitte: Sie hat nur noch mich, in: Berliner Morgenpost, 2. 8. 1959; Junge Frauen, die viel zu sagen haben, in: Berliner Morgenpost, 4. 5. 1958, 29. 9. 1958, 4. 1. 1959, 15. 2. 1959.

seien.⁷¹ In Westberlin waren zwar der Suburbanisierung engere Grenzen gezogen als anderswo, doch andererseits hatten die Kriegszerstörungen etwa in Mariendorf Raum für Einfamilienhaussiedlungen geschaffen: „Wenn in einer Demokratie jedem Bürger schon vom Grundgesetz die gleiche Chance geboten wird, dann muß ihm auch die Stadt in all ihren für das Wohnen bestimmten Teilen den gleichen Wohnreiz bieten.“⁷² Solche Äußerungen reflektierten eine Erwartung, dass die öffentlichen Institutionen Privatheit und gleichzeitig Teilhabe am urbanen Leben fördern sollten, die in Kritik an knappen oder familienunfreundlichen Wohnungen, schlechter Straßenbeleuchtung oder unzureichenden Verkehrsverbindungen am Stadtrand mündete.⁷³ Wie Willy Brandt Ende der 1950er-Jahre betonte, führten gerade die Erfolge des Wohnungsbaus zu gesteigerten Ansprüchen: „Solange wir nicht bauen konnten, gab es nicht die vielen Vergleichsmöglichkeiten, die heute zur Unzufriedenheit geradezu herausfordern.“⁷⁴

Waren trotz aller wirklichen oder vermeintlichen Unzulänglichkeiten die räumlichen wie materiellen Voraussetzungen für die Entfaltung und Bewahrung von Individualität in den 1950er-Jahren zunehmend gegeben, so stellte sich nun verstärkt die Frage der daraus resultierenden Effekte im gesellschaftlichen Leben. Es galt, die Verfolgung persönlicher Präferenzen einerseits zu ermöglichen und andererseits in ihrer potenziellen Sprengkraft für soziale Beziehungen zu begrenzen; den Frauen wurde hierfür eine besondere Verantwortung auferlegt. Ehepaare und Kleinfamilien, die in den Wohnungen und Einfamilienhäusern Westberlins lebten und bei allem Respekt für Alleinstehende die normale Existenzform darstellten, sollten von wechselseitigem Verständnis getragen sein. Wenn Frauen und Männer sich gegenseitig als Individuen schätzten, denen ein gewisser Freiraum zuzugestehen sei, schufen sie die beste Voraussetzung für eine gedeihliche Partnerschaft.⁷⁵ Und wenn sie ihr Kind als „selbständige Persönlichkeit“ behandelten, statt es mit moralischen Ermahnungen oder gar Verbo-

71 Die ersten Hochhaus-Mieter im Hansaviertel, in: *Der Tagesspiegel*, 18. 5. 1957; Willi Ressok, Ein Raum für zwei Personen. Praktische Gliederung einer Ein-Zimmer-Wohnung, in: ebenda, 2. 3. 1958; „Stadt von Morgen“ endlich komplett. Hansaviertel-Objekt 13 bald bezugsfertig – Letztes Eigenheim verkauft – Im August Postamt NW 23, in: ebenda, 19. 7. 1961; vgl. Gabi Dolff-Bonekämper, Das Hansaviertel. Internationale Nachkriegsmoderne in Berlin, Berlin 1999, und allgemein Moritz Föllmer, Das Appartement, in: Alexa Geisthövel/Habbo Knoch (Hrsg.), *Orte der Moderne. Erfahrungswelten des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 2005, S. 325–334.

72 Peter Pfankuch, Vorbildliches im Berliner Stadtbild (III). Nachbarschaft Mariendorf, in: *Der Tagesspiegel*, 1. 7. 1961.

73 Das Kind, das man nicht haben darf. Läßt der Wohnungsbau den Nachwuchs außer acht?, in: *Berliner Morgenpost*, 9. 4. 1961; Liebe *Morgenpost*. Aber das ist nicht nett!, in: ebenda, 8. 2. 1957; Die Meinung des Lesers. Mit den Hühnern schlafen gehen, in: ebenda, 14. 4. 1961.

74 Rede von Willy Brandt auf der Zehn-Jahres-Feier der Wiedergründung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller e. V., 2. 10. 1958, Landesarchiv Berlin, B Rep. 002, 5232.

75 Liebe Frau Brigitte!, in: *Berliner Morgenpost*, 8. 2. 1953; Liebe Frau Brigitte. Ohne geistige Interessen, in: ebenda, 24. 2. 1957.

ten zu beschneiden, konnten sie Familienzusammenhalt und legitimes Unabhängigkeitsstreben in Einklang bringen.⁷⁶

Problematisch wurden Jugendliche, wenn sie ihre Individualität und Sozialität außerhalb der Familie, unter Gleichaltrigen, entwickelten und dabei mit dem Privatheitsdrang anderer Berliner kollidierten. Dass das Ruhebedürfnis der Anwohner Schutz verdiene, war das Argument, mit dem ein Leser das harte polizeiliche Vorgehen gegen laute „Halbstarke“ im Wedding im Sommer 1956 rechtfertigte. Ein anderer forderte gleich großflächiges „Einschreiten gegen Jazz, Boogie Woogie und Tanzklubs“.⁷⁷ Die Gegenposition, die sich die Redaktion der *B. Z.* selbst zu eigen machte, verwies darauf, dass es sich bei den Jugendlichen ebenfalls um Individuen handele, die Persönlichkeitsrechte genossen und deren Entfaltungsbedürfnis in der ihres Hinterlands beraubten Großstadt Verständnis verdiene.⁷⁸ Die Bewahrung und Förderung von Individualität wurde zwar weithin befürwortet, doch auf wen sie sich mit welchen Konsequenzen beziehen sollte, war hochgradig kontrovers. Als die *B. Z.* im Juli 1961 mit einer Fotostrecke das gewaltsame Vorgehen eines Polizisten gegen einen Betrunkenen skandalisierte, waren die Reaktionen erneut geteilt. Während einige Leser die Ansicht vertraten, dass ein derart agierender Polizist nicht in „unseren Rechtsstaat“ passe, argumentierten andere, dass sich der Geschlagene durch seine sinnlose Trunkenheit außerhalb des Bereichs schützenswerter Individualität begeben habe und daher selbst an der empfangenen Behandlung schuld sei.⁷⁹

Es ist keineswegs ausgemacht, dass um 1960 die liberale Position in der Grundsatzdebatte um die Grenzen von Individualität und Devianz die Oberhand gewann und als zukunftsweisender interpretiert werden muss. Nicht bloß ein konservativer Sittlichkeitsdiskurs, sondern gerade die Betonung der persönlichen Integrität und Bewegungsfreiheit von Mädchen und jungen Frauen in einem unübersichtlichen urbanen Raum führte zu einer hohen Sensibilität gegenüber sexuellen Übergriffen und Gewaltakten. Immer wieder insistierten Leserbriefautoren auf der individuellen Verantwortung der Täter und wiesen Hinweise auf soziale Bedingungen von Kriminalität energisch zurück: „In dem Fall ‚Schadenrute‘“, so ein zwanzigjähriger Leser der *Morgenpost*, „hat m. E. keiner der Täter aus jugendlichem Unverstand oder Übermut,

76 Liebe Frau Brigitte. Keine Frau für unseren Sohn, in: ebenda, 1. 11. 1959 (Zitat); Liebe Frau Brigitte!, in: ebenda, 5. 10. 1953; Liebe Frau Brigitte. Erlaubt ist, was gefällt!, in: ebenda, 10. 2. 1957.

77 Ohne Nachtruhe, in: *B. Z.*, 12. 7. 1956; Briefe ... Polizeiknüppel oder ..., in: ebenda, 11. 7. 1956 (Zitat).

78 Der Tumult in Wedding: Die Polizei schlug Jugendliche mit Knüppeln. Die Berliner sind darüber hell empört. Die Senatorin für Jugend – schweigt!, in: *B. Z.*, 9. 7. 1956; Es muß ohne Knüppel gehen. Berlin spricht nach wie vor von den „Halbstarken“, in: ebenda, 14. 7. 1956. Zu den Reaktionen auf die Wedding-er „Halbstarken“ zwischen polizeilichem Einschreiten und politischen Integrationsversuchen Uta G. Poiger, *Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*, Berkeley 2000, S. 77 ff., 99 f.

79 Dokumente der Würdelosigkeit. Müssen Polizisten so sein?, in: *B. Z.*, 17. 7. 1961; Die BZ schrieb: Müssen Polizisten so sein? Unsere Leser antworten, in: ebenda, 19. 7. 1961 (Zitat).

auch nicht im Rock-and-Roll-Fieber, sondern kriminell gehandelt.“⁸⁰ Vor dem Hintergrund dieses breit medialisierten Ereignisses, der Vergewaltigung einer Fünfzehnjährigen durch eine Gruppe Jugendlicher, sprach sich auch der liberale *Tagesspiegel* für den umfassenden Ausbau einschlägiger polizeilicher Karteien aus.⁸¹ An anderen Stellen kritisierte das Blatt milde und lobte harte Gerichtsurteile gegen Gewaltverbrecher.⁸² Es schloss sich damit einem breiten – und nach wie vor aktuellen – Ruf nach der Sicherung von persönlicher Integrität und Bewegungsfreiheit durch staatliche Autorität an. Im Lichte neuerer amerikanischer und britischer Entwicklungen nachgerade avantgardistisch erscheint der Vorschlag eines *Morgenpost*-Lesers, Personalien und Bild von Sexualverbrechern „an allen Anschlagssäulen und in den Tageszeitungen zu veröffentlichen“.⁸³

Im Westberlin der späten 1940er- und 1950er-Jahre bestand also ein breiter Konsens, das Individuum in das Zentrum der modernen Gesellschaft zu stellen und seine Privatsphäre zu betonen. In optimistischer Perspektive boten Appartements und Einfamilienhäuser für immer mehr Berliner die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen, während Frauen und Jugendlichen größere individuelle Entfaltung zugestanden wurde, ohne dass deshalb Ehe und Familie bedroht sein mussten. Andererseits brachte die moderne Gesellschaft immer weitergehende und weithin kritisierte Bürokratisierungsprozesse mit sich. Dagegen artikulierten sich Vorbehalte bis hin zu einem „gekränkten Staatsbürgertum“, das die eigene Privatsphäre energisch gegen neue Zumutungen verteidigte.⁸⁴ Gleichzeitig artikulierten sich jedoch gestiegene Ansprüche an öffentliche Leistungen insbesondere in Wohnungsbau und Infrastruktur. Ferner erschienen die modernen Zeiten insofern kontrovers und sogar gefährlich, als lärmende Teenager oder Betrunkene die Reichweite von Persönlichkeitsrechten strapazierten und Sexualverbrecher die Bewegungsfreiheit von Mädchen und jungen Frauen bedrohten. Mithin waren auch und gerade die Jahre um 1960 ebenso sehr von Unsicherheit wie von Optimismus hinsichtlich der Vereinbarkeit von moderner Gesellschaft und einer substanziell gedachten Individualität geprägt.

80 Liebe Morgenpost! „Viel Lärm um nichts“?, in: Berliner Morgenpost, 22. 6. 1957; vgl. auch Harte Strafen für Steglitzer Rowdys. Verbrechen in der Schadenrute gesühnt – Gericht rügte Eltern und Verteidiger und rehabilitierte das Opfer, in: ebenda, 23. 6. 1957.

81 Ermittlungen über Rowdies zentralisiert. Kripo richtet Kartei ein – Auch Sonderstaatsanwalt für Körperverletzungs-Delikte, in: Der Tagesspiegel, 4. 3. 1958; vgl. auch Eine „Schläger-Kartei“ – endlich legt die Berliner Kriminalpolizei sie an, in: B. Z., 4. 3. 1958.

82 „Kein Räuber im eigentlichen Sinne“. Gericht wertete brutalen Überfall in der S-Bahn als Verzweiflungstat – 2 1/2 Jahre Gefängnis, in: Der Tagesspiegel, 4. 7. 1961; Mit Gift und Hammer gegen die Mutter. Mordversuch eines Siebzehnjährigen an den Eltern – 10 Jahre Jugendstrafe, in: ebenda, 11. 7. 1961.

83 Liebe Morgenpost! Gefährliche Anonymität, in: Berliner Morgenpost, 12. 1. 1955.

84 Michael Geyer, Der Kalte Krieg, die Deutschen und die Angst. Die westdeutsche Opposition gegen Wiederbewaffnung und Kernwaffen, in: Klaus Naumann (Hrsg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 267–318, S. 289 f., 301 f.

IV.

Die „Stärkung der Individuen“ war ein Leitmotiv der Westberliner Öffentlichkeit zwischen Kriegsende und Mauerbau. Dass die Wertschätzung von Individualität die neue Demokratie vom „Dritten Reich“ und die „freie Stadt“ vom kommunistischen Osten unterschied, dass sie ferner den Maßstab für die erwünschte Form von Modernität bildete, war unstrittig. Doch wurden dabei jeweils unterschiedliche Aspekte in den Vordergrund gerückt: Eigeninitiative in der zerstörten und unterversorgten Stadt, Humanität und Innerlichkeit, wehrhafte Freiheit gegen den Zugriff des SED-Regimes sowie staatlich geschützte und geförderte Privatheit in einem modernisierten urbanen Raum. Gleichzeitig schienen Individuen durch wuchernde Bürokratie bedroht und, als Schwarzmarktschieber, egoistische Konsumenten oder hemmungslose Triebverfolger, selbst bedrohlich. Ein großes Stück weit ließen sich solche Ambivalenzen durch die Konstruktion von Devianz, d. h. von radikalegozentrischen Nazis, gekauften kommunistischen Agenten oder Gewaltverbrechern ausblenden. Doch wurde der Normalitätskonsens durch die Mischung aus erhöhten Anforderungen an die Westberliner, die die Kraft zum Widerstand gegen den Kommunismus aus dem eigenen Inneren heraus generieren sollten, und divergierenden individualistischen Ansprüchen vom Schutz der Privatheit gegen „Halbstarke“ bis zur Erweiterung von Persönlichkeitsrechten auf Jugendliche und Betrunkene infrage gestellt.

Wie gezeigt, reagierten die unterschiedlichen Konstruktionen des Individuums zum Teil sehr direkt auf aktuelle Anforderungen der Distanzierung von Nationalsozialismus und Kommunismus und des Aufbaus einer demokratiekompatiblen Gesellschaft. Gleichzeitig standen sie in längerfristigen Kontinuitäten: Die Persönlichkeitsrhetorik Edwin Redslobs und vieler anderer, die Kritik an der angeblich wuchernden Bürokratie, der Drang nach familiärer Privatheit oder das Ideal des auf wechselseitiger Kultivierung von Individualität beruhenden Ehelebens zeugen von der schon öfters betonten Wiederbelebung bürgerlicher Wertvorstellungen nach 1945.⁸⁵ Appartement- und Einfamilienhäuser oder die wachsenden beruflichen Möglichkeiten für Frauen waren bereits in der Weimarer Republik antizipiert und ansatzweise verwirklicht worden. Ein ähnliches Mischungsverhältnis lag dem Denken Ernst Reuters zugrunde, wenn er ein um die Jahrhundertwende geformtes substanzielles Menschenbild mit der Verteidigung einer funktionierenden „Arbeitsbürokratie“ verband, die auf seine Zeit als Kommunalpolitiker in den 1920er-Jahren zurückging. Ferner bestanden auch und gerade in der Individualitätsrhetorik trotz aller angestrebten Distanzierung Kontinuitäten zum „Dritten Reich“. So reflektierten die – fast ausschließlich von Männern vorgebrachten – Klagen

85 Eckart Conze, Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), S. 527–542; Hettling/Ulrich (Hrsg.), *Bürgertum nach 1945*.

über bürokratische Auswüchse nicht zuletzt die im Nationalsozialismus kultivierten antiadministrativen Affekte und hohen Ansprüche auf persönliche Initiative und heroische Bewährung.

Auch in der Westberliner Öffentlichkeit, in der liberale und sozialdemokratische Stimmen überwogen, wurde die Durchsetzung der modernen, auf Massenkonsum basierenden Gesellschaft von Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten über Gegenwart und Zukunft des Individuums begleitet.⁸⁶ Das verweist darauf, dass sich um 1960 zwar auf weitere Liberalisierung zielende Vorstellungen verstärkt artikulierten, doch gleichzeitig wie in den USA und Großbritannien unter tatkräftiger Beteiligung der populären Presse die *conservative sixties* eingeläutet wurden.⁸⁷ In Westberlin boten die narrativen und visuellen Dramatisierungen des Mauerbaus im Sommer und Herbst 1961 noch einmal spektakuläre und konsensfähige Selbstbestätigung, und nach einer Phase der Enttäuschung erneuerte der Kennedy-Besuch im Juni 1963 das amerikanische Solidaritätsversprechen.⁸⁸ Doch wenige Jahre später sollte die Studentenbewegung alle wesentlichen Aspekte des Individualitätsdiskurses in Westberlin radikal infrage stellen, von der Selbstdistanzierung vom „Dritten Reich“ über die moralische Überlegenheit gegenüber dem Kommunismus bis zu familiärer Privatheit und modernisierter Innenarchitektur.⁸⁹ Damit zielte sie auf die diesen von Anfang an begleitenden Unsicherheiten, Ängste und Differenzen. Vielleicht erklärt sich daraus, dass weite Teile der Westberliner Öffentlichkeit, sozialdemokratische Politiker und liberale Professoren der Freien Universität ebenso wie Journalisten und Leser der *B. Z.*, mit derart heftiger Abwehr auf die Attacken der Neuen Linken reagierten.

86 Vgl. dazu Andreas Wirsching, Konsum statt Arbeit? Zum Wandel von Individualität in der modernen Massengesellschaft, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 57 (2009), S. 171–199, bes. S. 173–179.

87 David Farber/Jeff Roche (Hrsg.), *The Conservative Sixties*, New York 2003; Mark Donnelly, *Sixties Britain*, Harlow 2005, S. 151–157, 165–171, 186–192.

88 In die Freiheit geschwommen, in: *B. Z.*, 13. 8. 1961; Hunderte durchbrachen die Sperren. Schwere Tumulte an den Sektorengrenzen – Verzweifelte stürzten sich in den Teltower Kanal, in: ebenda, 14. 8. 1961; Ulbrichts Menschenjäger haben neuen Mord verübt – Flüchtling in der Spree erschossen, in: *Berliner Morgenpost*, 7. 10. 1961; Andreas W. Daum, *Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg*, Paderborn 2003.

89 Vgl. Poiger, *Jazz, Rock, and Rebels*, S. 219–222; Belinda Davis, *The City as Theater of Protest: West Berlin and West Germany, 1962–1983*, in: Gyan Prakash/Kevin Kruse (Hrsg.), *The Spaces of the Modern City. Imaginaries, Politics, and Everyday Life*, Princeton 2008, S. 247–274.